

C6 Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!

Antragsteller*in:

KV Jena

Tagesordnungspunkt:

8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Status:

Zurückgezogen

Antragstext

1 Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen,
2 welchen Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat.
3 Noch immer orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen
4 Mutter und des außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität
5 noch dem Anspruch auf gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.

6 Wir fordern daher die SPD Thüringen auf sich auf Bundesebene einzusetzen für:

7 1. Kostenfreie Geburtsvorbereitung für alle Eltern:

8 Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein
9 wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen
10 die Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner*innen müssen die
11 Teilnahme selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht
12 entscheidend sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider
13 Eltern und ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle
14 Elternteile stärken die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der
15 Geburtssituation und legen die Grundlage für eine faire Aufteilung der
16 Sorgearbeit nach der Geburt.

17 Geburtsvorbereitung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern deswegen die
18 vollständige Kostenübernahme für die Teilnahme von Partner*innen an
19 Geburtsvorbereitungskursen im Rahmen der Mutterschaftsrichtlinien. So wird
20 partnerschaftliche Verantwortung von Anfang an gestärkt und gleiche Teilhabe
21 ermöglicht.

22 2. Reform des Abstammungsrechts

23 In Thüringen sind über die Hälfte aller Geburten nichtehelich. Trotzdem gilt:
24 Nichtverheiratete Mütter erhalten automatisch das alleinige Sorgerecht, während
25 Väter eine Sorgerechtserklärungen abgeben und zweite Mütter ein aufwändiges

Adoptionsverfahren durchlaufen müssen. Dieses System benachteiligt queere Familien und nichteheliche Paare. Wir fordern deshalb das Abstammungsrecht grundlegend zu reformieren, um alle Familienformen rechtlich gleichzustellen. Die bisherige „Vaterschaftsanerkennung“ muss zu einer „Elternschaftsanerkennung“ weiterentwickelt werden, die für alle Elternteile unabhängig vom Geschlecht gilt. Diese Erklärung begründet die rechtliche Elternschaft des zweiten Elternteils und ersetzt das aufwändige und diskriminierende Adoptionsverfahren für Co-Mütter und nicht-biologische Väter. Mit der wirksamen Abgabe der gemeinsamen Elternschaftsanerkennung wird standardmäßig das gemeinsame Sorgerecht für beide Elternteile begründet. Eine separate „Sorgerechtserklärung“ entfällt. Damit wird das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall.

Nur so werden verheiratete und nicht-verheiratete Paare sowie heterosexuelle und queere Eltern in diesem Bereich endlich rechtlich gleichgestellt.

3. Stärkung von Unterstützungsstrukturen

Trennungssituationen belasten Kinder besonders stark. Überlastete Jugendämter und lange Gerichtsverfahren führen zu monatelangen Schwebezuständen. Staatlich finanzierte Mediationen können Konflikte frühzeitig abmildern und gerichtliche Auseinandersetzungen reduzieren. In verpflichtenden Elternplänen, wie in Belgien und den Niederlanden, werden alle relevanten Themen des Zusammenlebens nach der Trennung schriftlich fixiert, wie die Wohnsituation, Besuchsregelungen und Aspekte der Kindererziehung. Die definierten Verantwortlichkeiten beider Eltern sollen Missverständnisse und Konflikte vermeiden und den Kindern eine stabile und vorhersehbare Umgebung bieten. Notwendig sind zudem kurze Bearbeitungszeiten und eine personelle Stärkung von Jugendämtern und Familiengerichten. Das schafft Planbarkeit, entlastet die Institutionen und stellt das Kindeswohl konsequent in den Mittelpunkt.

Deswegen ist für uns klar: Eltern, die sich trennen, brauchen faire Lösungen für das weitere gemeinsame Familienleben. Wir fordern daher:

- Bei Trennung oder Scheidung von Eltern wird die Erstellung eines Elternplans verpflichtend. Dieser Plan muss verbindliche Regelungen zu allen Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung und der Kostenaufteilung des familiären Lebens enthalten. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit den Folgen einer Trennung für ein Kind führt zu bewussteren und nachhaltigeren Lösungen im weiteren Zusammenleben, um Streitigkeiten vor Gericht zu vermeiden.
- Der Zugang zu professioneller Mediation vor Einreichung einer gerichtlichen Sorgerechtsklage muss allen Eltern zur Verfügung stehen, um eine kindzentrierte Lösung gemeinsam erarbeiten zu können.

- 64
- Um diese Maßnahmen zu überprüfen, sollte die Auswirkung auf die Anzahl von
 - 65 Gerichtsverfahren, Dauer von Sorgerechtsstreitigkeiten und Entwicklung des
 - 66 Kindeswohls statistisch begleitet werden.
- 67
- Jugendämter und Familiengerichte müssen personell und finanziell so
 - 68 ausgestattet werden, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden können.
 - 69 Nur durch ausreichend schnelle und qualitative Bearbeitung können Kinder
 - 70 vor rechtlich unsicheren Zuständen durch lange Verfahrensdauern geschützt
 - 71 werden.

Begründung

Gleichberechtigung beginnt nicht erst im Alltag der Sorgearbeit, sondern bereits im rechtlichen Rahmen, in den unterstützenden Strukturen und bei der finanziellen Förderung partnerschaftlicher Verantwortung. Mit diesem Antrag fordern wir konkrete Schritte, die Elternschaft für alle Familien moderner, partnerschaftlicher und gerechter zu machen.